

Die Stadt hisst fünf Regenbogenflaggen

Pride Month Im Juni begeht die LGBTIQ+-Gemeinde den Pride Month. Dieses Jahr macht auch die Stadt Winterthur mit. Das löst viel Freude, aber auch kritische Fragen aus.

Die Stadt Winterthur setzt ein Zeichen für Toleranz und Akzeptanz. Während einer Woche des Pride Month im Juni wird beim alten Stadthaus an der Marktgasse sowie auf beiden Seiten des Rathauses je eine Regenbogenfahne gehisst. Auch am Superblock und dem Semper-Stadthaus sollen vom 11. bis zum 20. Juni die Regenbogenfarben der LGBTIQ+-Gemeinde (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersexual, Queer) zu sehen sein. «Die Aktion wird auf jeden Fall auffallen», so Stadtpräsident Michael Künzle (Die Mitte).

Mit seinem Entscheid erfüllt der Stadtrat eine Forderung der Jungen Grünliberalen: «Das Fehlen einer Pride-Beflaggung könnte so gedeutet werden, dass in Winterthur keine LGBTIQ+-Community vorhanden ist», schrieben diese im Februar in einem offenen Brief an den Stadtrat.

Über den schnellen Entscheid des Stadtrats zeigt sich Matthias Lütscher, der bei der Zürcher JGLP für die Stadt Winterthur zuständig ist, sehr erfreut. Auf den Tisch gebracht wurde das Thema offenbar von queeren Mitgliedern aus der Jungpartei: «Es geht uns darum, Sichtbarkeit für eine Bevölkerungsgruppe zu



Die Regenbogen ist das Symbol der LGBTIQ+-Gemeinde. Hier am Zurich Pride Festival von 2018. Archivfoto: Urs Jaudas

schaffen, die noch immer um Toleranz, Akzeptanz und gleiche Rechte kämpft», so Lütscher.

Die Regenbogenfahne ist das Symbol der weltweiten Pride-Bewegung. Sie setzt sich für Vielfalt, Toleranz und Akzeptanz in der Gesellschaft sowie für die rechtliche und faktische Gleichstellung von nicht heterosexuellen Beziehungsformen ein. Jedes Jahr im Juni finden in zahlreichen Städten rund um den Globus Veranstaltungen und Umzüge anlässlich des Pride Month statt, um auf die Anliegen und

die Situation der LGBTIQ+-Gemeinde aufmerksam zu machen.

Auch Private dürfen Flagge zeigen

«Wir hatten das Thema nicht auf dem Radar», sagt Michael Künzle. Nach dem Brief der jungen Grünliberalen sei für den Stadtrat aber klar gewesen, dass Winterthur mit anderen Städten wie Zürich oder Genf gleichziehe. Das Anliegen passe auch zur Identität von Winterthur: «Der Stadtrat misst der Förderung von Toleranz und Akzeptanz in einer

vielfältigen Gesellschaft eine grosse Bedeutung zu.»

Auch aus der Bevölkerung gibt es immer wieder Beflaggungsanfragen. So stellten etwa das Casinotheater Winterthur, die Theater Winterthur AG und die Zürcher Kantonalbank schon im Vorfeld ein Gesuch für Regenbogenflaggen an der Fassade. In der Woche vom 11. bis 20. Juni will der Stadtrat auch solche privaten Gesuche bewilligen. Für ihre fünf «eigenen» Flaggen zahlte die Stadt insgesamt 1250 Franken. Weckt eine Beflaggung für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe nicht auch Begehrlichkeiten? Michael Künzle schliesst das nicht aus, sieht darin aber auch kein Problem: «Es entspricht dem Zeitgeist, dass Bewegungen auf die Strasse gehen, um Aufmerksamkeit zu bekommen. Oder sich ihre Anliegen sprichwörtlich auf die Fahne schreiben.»

Keine Politik an der Fassade

Romana Heuberger ist FDP-Gemeinderätin, Stadtratskandidatin und Befürworterin der Ehe für alle. Obwohl sie sich für die LGBTIQ+-Gemeinde freut, sieht sie politische Fahnen grundsätzlich kritisch: «Mit der Beflaggung der städtischen Gebäude überschreitet der Stadtrat eine Gren-

ze, die er nicht hätte überschreiten dürfen», sagt sie. Es dürfe nicht von den politischen Machtverhältnissen abhängen, welche Fahnen in der Stadt zu sehen sind. Zudem könnten andere Gruppen nun dasselbe fordern: «Wo hört es auf?», fragt sie.

Im Entscheid sieht Heuberger auch eine Ungleichbehandlung der Untertor-Vereinigung, für die sie das Marketing macht. Diese stellte vor zwei Jahren das Gesuch für eine Beflaggung des Untertors mit Schweizer Fahnen und dem Stadtwappen von Winterthur. Von der Stadt gab es eine Absage. Der Stadtrat argumentierte unter anderem damit, dass man mit der Bewilligung kein Präjudiz schaffen wolle: «Entweder gelten die Richtlinien für alle oder für niemanden», findet Heuberger darum. Grundsätzlich dürfe die Stadt mit den Bewilligungen durchaus grosszügiger sein als heute: «Aber politische Aushänge sind ein No-go.»

In einer einmaligen Aktion zum Pride Month sieht Heuberger kein Problem, bei einer weiteren politischen Beflaggung würde sie sich dagegen engagieren. Ob es dazu kommt, wurde laut Stadtpräsident Michael Künzle noch nicht diskutiert.

Delia Bachmann